



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

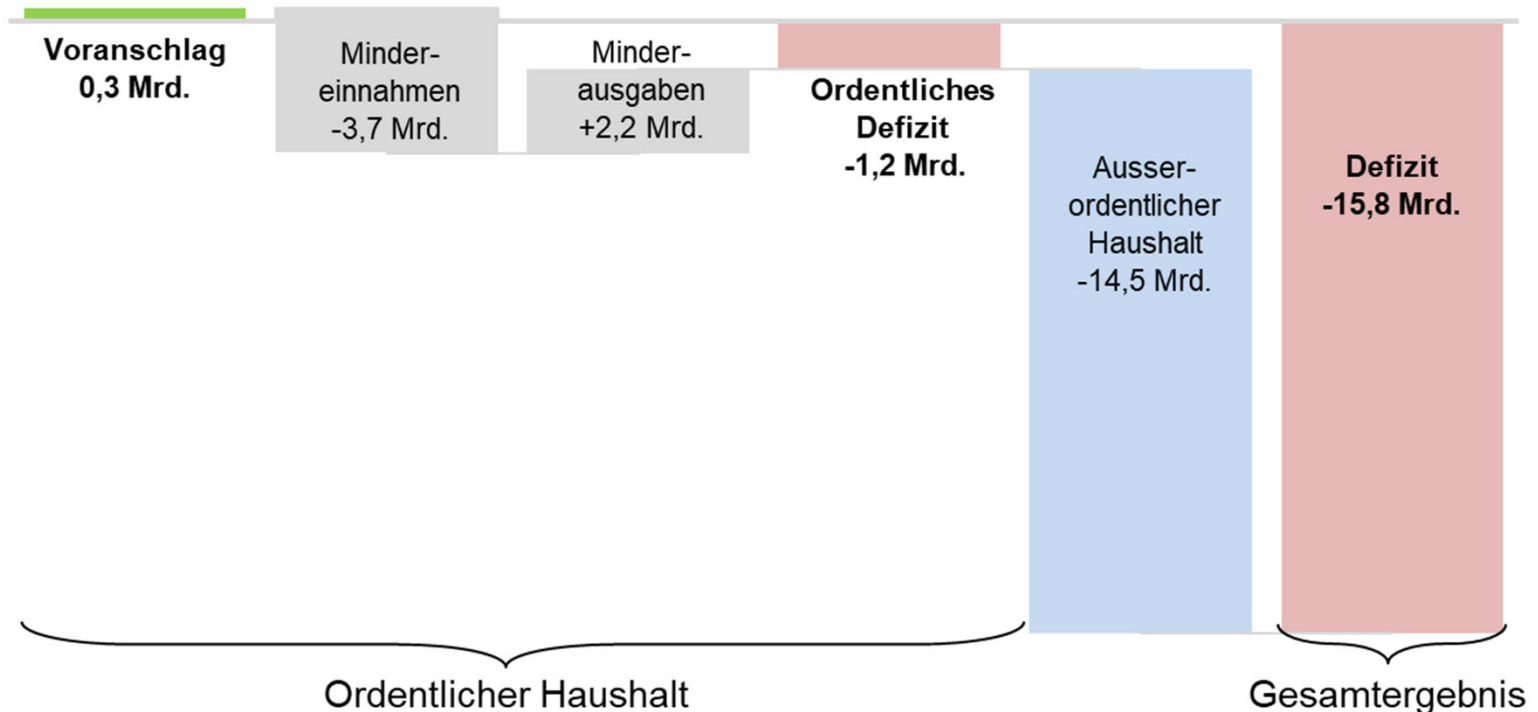
Rechnung 2020

Finanzpolitische Standortbestimmung 2022-2024

17. Februar 2021



Vom Budget zur Rechnung 2020

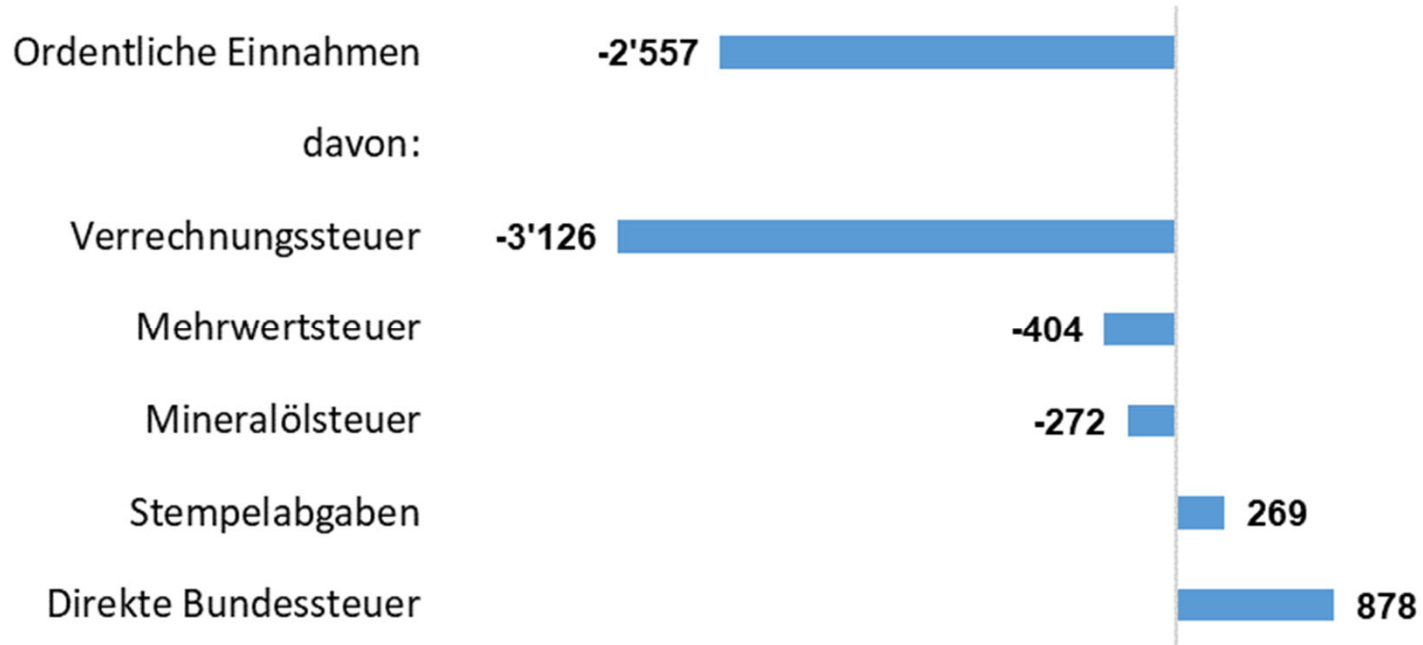


- Mindereinnahmen: insb. Verrechnungssteuer (-2,7 Mrd.) und Mehrwertsteuer (-0,9 Mrd.)
- Minderausgaben von 2,9 %, u.a. einnahmenabhängige Ausgaben



Einnahmentwicklung

Veränderung zum Vorjahr (in Mio.)

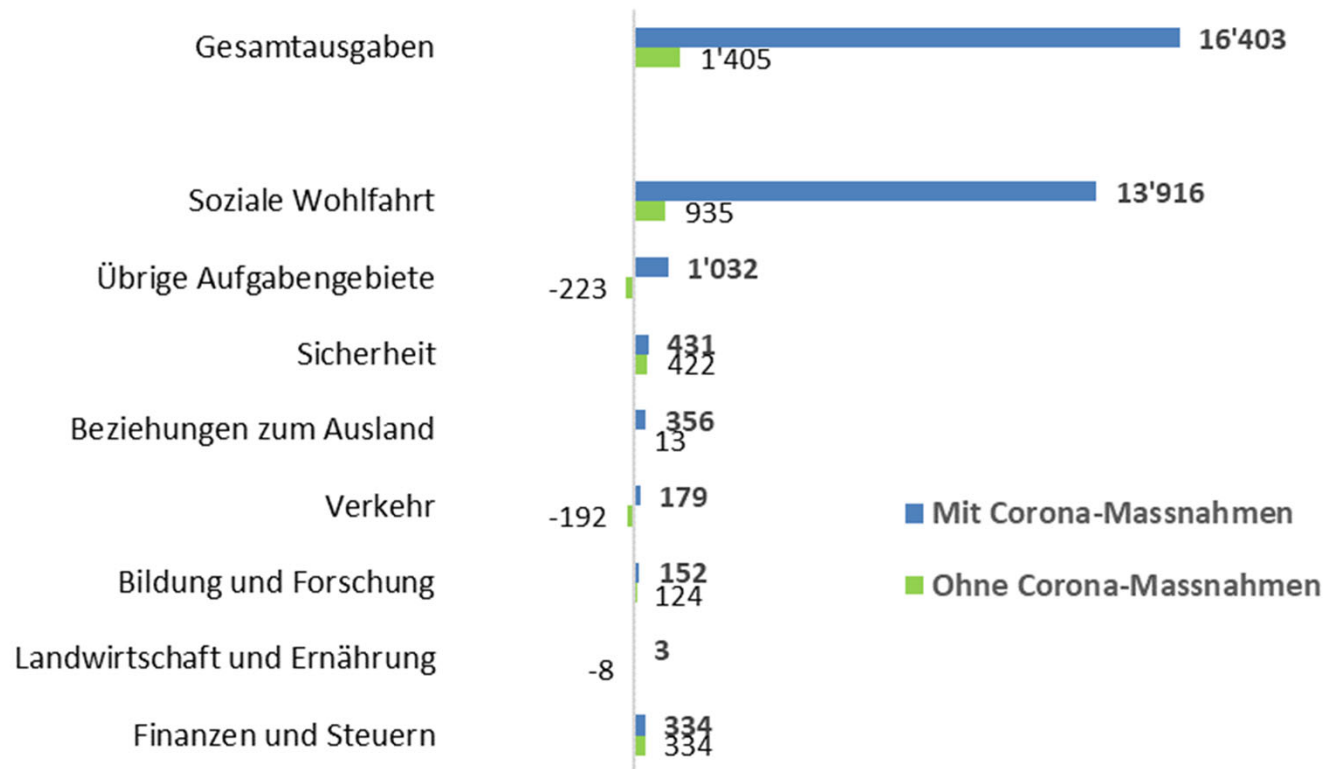


- Vergleich zum Vorjahr: -2,6 Mrd. oder -3,4% (nom. BIP -3,9%)
- Verrechnungssteuer sinkt stark gegenüber Rekordjahr 2019, Einnahmen MWST und DBST basieren teilweise noch auf 2019



Entwicklung der Ausgaben

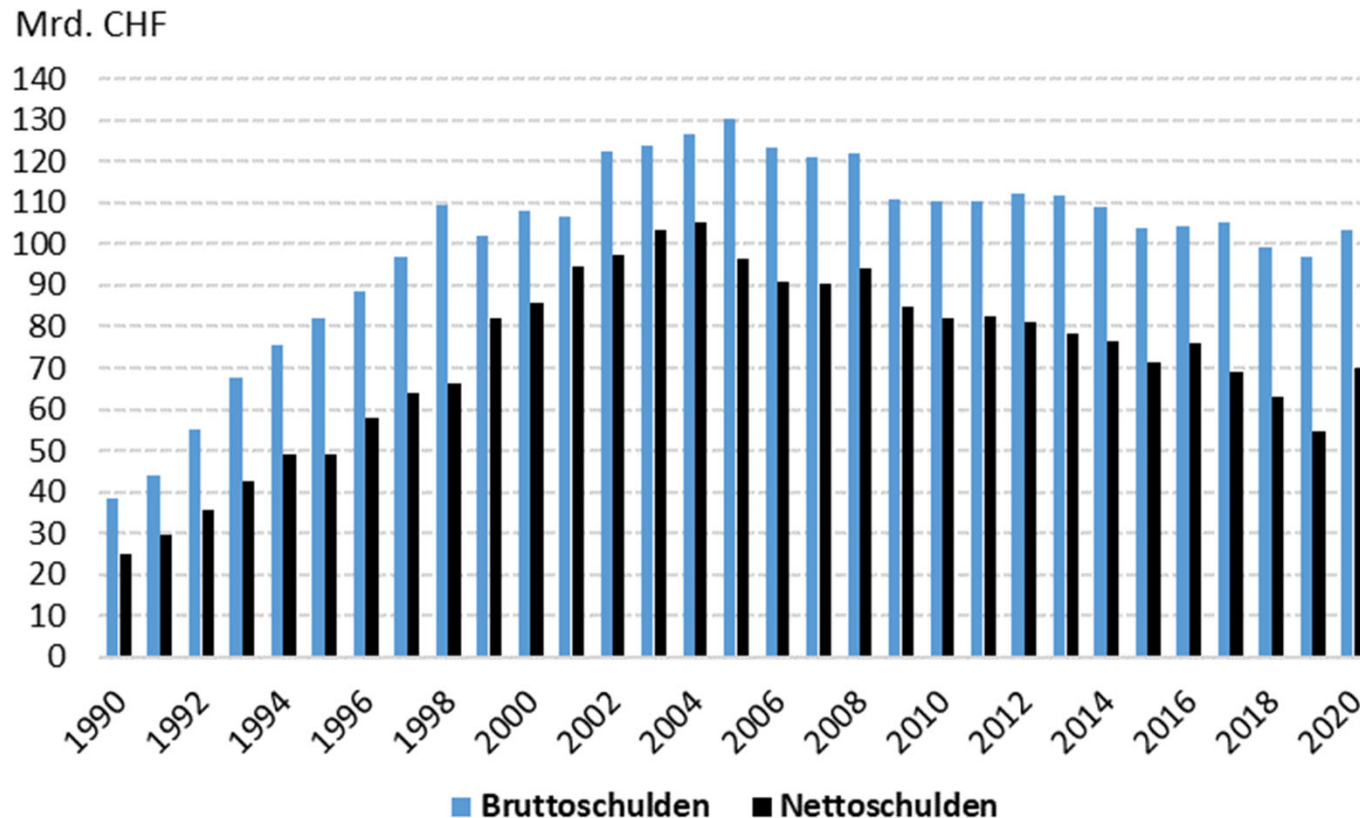
Veränderung zum Vorjahr (in Mio.)



- Corona-Massnahmen: Ausgaben von 15 Milliarden (sowie Bürgschaften und Garantien von 17,5 Mrd.)
- Ausgabenwachstum von 2% ohne Corona-Massnahmen



Entwicklung der Schulden



- Um den hohen Finanzierungsbedarf zu decken, wurde Verschuldung erhöht (+6,6 Mrd.) und Finanzvermögen reduziert (-8,7 Mrd.).
- Nettoschulden +15 Milliarden (Bruttoschulden \cdot Finanzvermögen)



Weitere Corona-Massnahmen 2021; Umgang mit Corona-Schulden

Nachtrag Ia zum Voranschlag 2021

Weitere Corona-Massnahmen von total 14,3 Milliarden,
davon 13,2 Milliarden ausserordentlich:

- Härtefallmassnahmen für Unternehmen: 6,3 Mrd. (Bundesanteil)
- Kurzarbeitsentschädigungen: 6,0 Mrd.
- Corona-Erwerb ersatz: 0,9 Mrd.

Fehlbetrag Amortisationskonto

Ausserordentliche Ausgaben werden dem Amortisationskonto belastet
und müssen gemäss geltendem Gesetz wieder abgebaut werden:

- Stand gemäss Rechnung 2020: -9,8 Mrd.
- Stand gemäss Schätzung 2021: -27 Mrd.

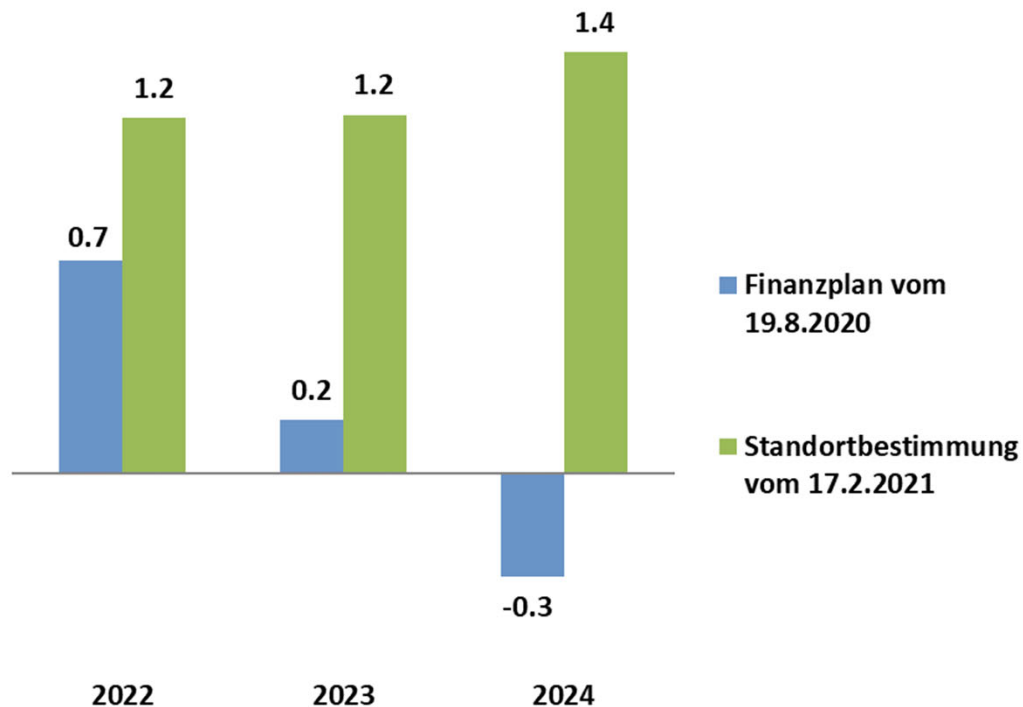
Umgang mit Corona-Schulden

Entscheid im Sommer 2021; Vernehmlassung der nötigen
Gesetzesänderungen



Finanzpolitische Standortbestimmung für die Jahre 2022-2024

Strukturelle Ergebnisse (in Mrd.)



- Hauptgründe für bessere Aussichten: höhere Gewinnausschüttung SNB (+0,7 Mrd.), abgelehnte Erhöhung der Kinderabzüge (+0,3 Mrd.)